

Abgaben, die vor Ende des Monats nach dem Monat der Zusendung der Zahlungsaufforderung nicht bezahlt worden sind, sendet die Agentur eine Mahnung per Einschreibebrief. Wenn dieser Mahnung nicht binnen vierzehn Kalendertagen nach Empfang Folge geleistet wird, wird die Abgabe von Amts wegen um 25 Prozent erhöht.“

Art. 13 - Artikel 34 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 13. Dezember 2017, wird wie folgt ersetzt:

“Art. 34 - Der Verwaltungsrat der Agentur legt jedes Jahr den Haushaltsplan des folgenden Rechnungsjahres fest und billigt die Rechnungen des abgelaufenen Rechnungsjahres. In Abweichung des Gesetzes vom 16. März 1954 über die Kontrolle bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses werden die von der Agentur abgeschlossenen Rechnungen dem Minister, dem sie untersteht, und dem Minister des Haushalts übermittelt. Dieser leitet sie zur Kontrolle an den Rechnungshof weiter.

KAPITEL 2 - Abänderungen des Gesetzes vom 23. März 2020 zur Unkenntlichmachung von Bildern nuklearer und sensibler Einrichtungen und zur Einschränkung der Erstellung oder Verbreitung von Luftaufnahmen dieser Einrichtungen im Interesse der öffentlichen Sicherheit

Art. 14 - Artikel 3 des Gesetzes vom 23. März 2020 zur Unkenntlichmachung von Bildern nuklearer und sensibler Einrichtungen und zur Einschränkung der Erstellung oder Verbreitung von Luftaufnahmen dieser Einrichtungen im Interesse der öffentlichen Sicherheit wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

“Mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Jahr und mit einer Geldbuße von 26 bis zu 100 EUR wird bestraft, wer ohne Erlaubnis des Ministers des Innern versäumt, Einrichtungen der Klasse I auf kommerziellen Reproduktionen von Satellitenaufnahmen unkenntlich zu machen, und wer ohne Erlaubnis desselben Ministers Fotos oder andere Aufnahmen dieser Einrichtungen macht oder diese Fotos oder Aufnahmen oder Reproduktionen davon auf dem Staatsgebiet des Königreichs oder im Ausland veröffentlicht, ausstellt, verkauft oder verbreitet.“

2. Zwischen den Absätzen 1 und 2 wird ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Absatz 1 findet keine Anwendung auf Fotos oder Aufnahmen, die von Betreibern von Einrichtungen der Klasse I gemacht werden. Nach Stellungnahme der Federalagentur für Nuklearkontrolle kann der König den Betreibern von Einrichtungen der Klasse I Bedingungen für die Verwendung und Verbreitung dieser Fotos und Aufnahmen auferlegen.“

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 19. Dezember 2021

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Die Ministerin des Innern

A. VERLINDEN

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

V. VAN QUICKENBORNE

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2023/40194]

19 MAI 2020. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 24 juin 1997 relatif aux cotisations obligatoires à payer au Fonds de la santé et de la production des animaux, fixées pour le secteur avicole. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 19 mai 2020 modifiant l'arrêté royal du 24 juin 1997 relatif aux cotisations obligatoires à payer au Fonds de la santé et de la production des animaux, fixées pour le secteur avicole (*Moniteur belge* du 1^{er} juillet 2020), confirmé par la loi du 12 juillet 2022 portant dispositions diverses en matière d'agriculture, de sécurité de la chaîne alimentaire, de santé publique et d'environnement (*Moniteur belge* du 22 septembre 2022).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2023/40194]

19 MEI 2020. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 24 juni 1997 betreffende de verplichte bijdragen aan het Fonds voor de gezondheid en de productie van dieren, vastgesteld voor de sector pluimvee. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 19 mei 2020 tot wijziging van het koninklijk besluit van 24 juni 1997 betreffende de verplichte bijdragen aan het Fonds voor de gezondheid en de productie van dieren, vastgesteld voor de sector pluimvee (*Belgisch Staatsblad* van 1 juli 2020), bekrachtigd bij de wet van 12 juli 2022 houdende diverse bepalingen inzake landbouw, veiligheid van de voedselketen, volksgezondheid en leefmilieu (*Belgisch Staatsblad* van 22 september 2022).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2023/40194]

19. MAI 2020 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 24. Juni 1997 über die für den Geflügelsektor festgelegten Pflichtbeiträge an den Fonds für Tiergesundheit und tierische Erzeugung — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 19. Mai 2020 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 24. Juni 1997 über die für den Geflügelsektor festgelegten Pflichtbeiträge an den Fonds für Tiergesundheit und tierische Erzeugung, bestätigt durch das Gesetz vom 12. Juli 2022 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Landwirtschaft, Sicherheit der Nahrungsmittelkette, Volksgesundheit und Umwelt.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

**FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST VOLKSGESUNDHEIT,
SICHERHEIT DER NAHRUNGSMITTELKETTE UND UMWELT**

**19. MAI 2020 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 24. Juni 1997 über die
für den Geflügelsektor festgelegten Pflichtbeiträge an den Fonds für Tiergesundheit und tierische Erzeugung**

BERICHT AN DEN KÖNIG

Sire,

der Entwurf eines Königlichen Erlasses, den wir die Ehre haben, Eurer Majestät zur Unterschrift vorzulegen, betrifft eine Abänderung des Königlichen Erlasses vom 24. Juni 1997 über die für den Geflügelsektor festgelegten Pflichtbeiträge an den Fonds für Tiergesundheit und tierische Erzeugung.

Durch Artikel 6 § 1 des Gesetzes vom 23. März 1998 über die Schaffung eines Haushaltsfonds für Gesundheit und Qualität der Tiere und tierischen Erzeugnisse wird der König ermächtigt, den Betrag der in Artikel 5 Nr. 1 desselben Gesetzes erwähnten Pflichtbeiträge zu bestimmen.

Mit dem Entwurf eines Königlichen Erlasses wird darauf abgezielt, Geflügelbetriebe, die im Jahr 2019 von einer Infektion mit dem Virus der aviären Influenza betroffen waren, von dem an den Haushaltsfonds für Gesundheit und Qualität der Tiere und tierischen Erzeugnisse für das Beitragsjahr 2019 zu entrichtenden Pflichtbeitrag zu befreien, indem in Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 24. Juni 1997 über die für den Geflügelsektor festgelegten Pflichtbeiträge an den Fonds für Tiergesundheit und tierische Erzeugung ein neuer Absatz 5 eingefügt wird.

Hinsichtlich der Befreiungsbestimmung im Entwurf des Königlichen Erlasses erklärt der Staatsrat unter Punkt 3.1 und 3.2 seines Gutachtens Nr. 67.086/3 vom 7. April 2020 Folgendes:

3.1

Die geplante Regelung sieht eine Befreiung (für ein einziges Steuerjahr) von einer Steuer vor, die Betriebe des Geflügelsektors trifft. Sie kann daher als staatliche Beihilfe betrachtet werden, die der Europäischen Kommission gemäß Artikel 108 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union grundsätzlich mitgeteilt werden muss.

3.2

Der Umstand, dass es sich um eine "einmalige" und "sehr begrenzte" Anpassung des Beitragssystems handelt, reicht als solcher nicht aus, um davon auszugehen, dass die geplante Regelung nicht als staatliche Beihilfe mitgeteilt werden muss.

Das Gutachten wird hinsichtlich der Mitteilung an die Europäische Kommission gemäß Artikel 108 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union nicht umgesetzt.

Laut der Verwaltung befindet sich die vollständige Akte der Gesundheitsfonds derzeit bei den zuständigen Diensten der Kommission (DG AGRI) zur Prüfung im Rahmen der Meldepflicht für staatliche Beihilfen. Für jede Maßnahme muss die Einhaltung der geltenden Rahmenregelung nachgewiesen werden (Rahmenregelung der Europäischen Union für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten 2014-2020 (2014/C 204/01, ABl. C 204/1 01/07/2014).

Da die Finanzierungsquellen des Fonds (Pflichtbeiträge) in der bei der Europäischen Kommission eingereichten Notifikationsakte nicht die Bedingungen der Pearle-Rechtsprechung erfüllen, muss das Finanzierungssystem des Fonds von der Europäischen Kommission im Rahmen der Mitteilung gemäß Randnummer 29 der Europäischen Rahmenregelung geprüft werden. Aus diesem Grund wurden alle nützlichen Informationen über die Finanzierungsquellen (Rechtsgrundlagen und ausführliche Erklärungen) eingereicht. Unter anderem auch folgende Information, die der Kommission verdeutlicht, dass der Betrag der Beiträge angepasst werden kann:

"Die Höhe der Beiträge kann angepasst (gestrichen, gesenkt oder erhöht) werden, wenn die Höchstgrenze der strategischen Reserven erreicht ist oder wenn die Reserven weitgehend erschöpft sind, in Anbetracht der Entwicklung der Gesundheitsrisiken oder des wirtschaftlichen Kontextes, dem der Sektor zu einem bestimmten Zeitpunkt ausgesetzt ist."

Die Europäische Kommission hat sich weder im Stadium der Vorabmitteilung noch bislang bei der Prüfung der Notifikationsakte zu diesem Punkt geäußert.

Die Befreiung von den Pflichtbeiträgen für die zweiundachtzig von H3 betroffenen Geflügelbetriebe bedeutet 4,2 Prozent weniger Einnahmen aus Pflichtbeiträgen (das heißt 104.300 EUR der 2,5 Millionen EUR in den Haushaltsplan eingetragenen Pflichtbeiträge), was deutlich unter dem allgemein verwendeten Schwellenwert von 20 Prozent liegt, der als Grenze gilt, ab der eine Änderung der Beihilferegulation mitgeteilt werden muss.

Die Senkung der Pflichtbeiträge kann als eine einmalige und sehr begrenzte Anpassung im Zusammenhang mit der schwierigen wirtschaftlichen Lage infolge der H3-Ausbrüche in zweiundachtzig Geflügelbetrieben im Jahr 2019 und nicht als eine tatsächliche Änderung bestehender mitteilungspflichtiger Beihilfen angesehen werden.

Ich habe die Ehre,

Sire,
der ehrerbietige und getreue Diener
Eurer Majestät
zu sein.

Der Minister der Landwirtschaft
D. DUCARME

**19. MAI 2020 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 24. Juni 1997 über die
für den Geflügelsektor festgelegten Pflichtbeiträge an den Fonds für Tiergesundheit und tierische Erzeugung**

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 23. März 1998 über die Schaffung eines Haushaltsfonds für Gesundheit und Qualität der Tiere und tierischen Erzeugnisse, des Artikels 6 § 1;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 24. Juni 1997 über die für den Geflügelsektor festgelegten Pflichtbeiträge an den Fonds für Tiergesundheit und tierische Erzeugung;

Aufgrund der Stellungnahme des Rates des Haushaltsfonds für Gesundheit und Qualität der Tiere und tierischen Erzeugnisse vom 28. November 2019;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 3. Februar 2020;
 Aufgrund der Konzertierung zwischen den Regionalregierungen und der Föderalbehörde vom 11. Februar 2020;
 Aufgrund des Einverständnisses des Ministers des Haushalts vom 19. Februar 2020;
 Aufgrund des Gutachtens Nr. 67.086/3 des Staatsrates vom 7. April 2020, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

In Anbetracht der schweren finanziellen Folgen für Geflügelbetriebe, die im Jahr 2019 von einem niedrig pathogenen aviären Influenzavirus betroffen gewesen sind, wobei es jedoch zu einer sehr hohen Sterblichkeit und dramatischen Rückgängen der Legeleistung gekommen ist, und wobei Bestandsräumungen vor dem 11. Juli 2019 aus eigener Initiative nicht vom Fonds für Tiergesundheit und tierische Erzeugung erstattet worden sind und für Bestandsräumungen nach diesem Datum nur Erstattungen für noch lebende Tiere gezahlt worden sind;

Auf Vorschlag des Ministers der Landwirtschaft und aufgrund der Stellungnahme der Minister, die im Rat darüber beraten haben,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 24. Juni 1997 über die für den Geflügelsektor festgelegten Pflichtbeiträge an den Fonds für Tiergesundheit und tierische Erzeugung wird durch einen Paragraphen 5 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

“§ 5 - Beitragspflichtige, in deren Geflügelbestand im Jahr 2019 eine Überschreitung einer der Normen von Artikel 3 Nr. 7 des Königlichen Erlasses vom 5. Mai 2008 über die Bekämpfung der aviären Influenza festgestellt worden ist, und zwar aufgrund des vom Nationalen Referenzlabor bestätigten Vorhandenseins eines niedrig pathogenen Influenzavirus in diesem Geflügelbestand, werden für diesen Geflügelbestand von den Pflichtbeiträgen für das Jahr 2019 befreit.

Diese Befreiung gilt nicht für die in § 1 Nr. 19 und 20 erwähnten Pflichtbeiträge.”

Art. 2 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Art. 3 - Der für Landwirtschaft zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.
 Brüssel, den 19. Mai 2020

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Landwirtschaft

D. DUCARME

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2023/15045]

1^{er} SEPTEMBRE 2021. — Arrêté ministériel modifiant l'arrêté ministériel du 18 mars 2009 portant délégation de certains pouvoirs du ministre qui a l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers dans ses compétences et abrogeant l'arrêté ministériel du 17 mai 1995 portant délégation des pouvoirs du ministre en matière d'accès au territoire, de séjour, d'établissement et d'éloignement des étrangers. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté ministériel du 1^{er} septembre 2021 modifiant l'arrêté ministériel du 18 mars 2009 portant délégation de certains pouvoirs du ministre qui a l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers dans ses compétences et abrogeant l'arrêté ministériel du 17 mai 1995 portant délégation des pouvoirs du ministre en matière d'accès au territoire, de séjour, d'établissement et d'éloignement des étrangers (*Moniteur belge* du 15 septembre 2021).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2023/15045]

1 SEPTEMBER 2021. — Ministerieel besluit tot wijziging van het ministerieel besluit van 18 maart 2009 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden van de minister die bevoegd is voor de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen en tot opheffing van het ministerieel besluit van 17 mei 1995 houdende delegatie van bevoegdheid van de minister inzake de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het ministerieel besluit van 1 september 2021 tot wijziging van het ministerieel besluit van 18 maart 2009 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden van de minister die bevoegd is voor de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen en tot opheffing van het ministerieel besluit van 17 mei 1995 houdende delegatie van bevoegdheid van de minister inzake de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen (*Belgisch Staatsblad* van 15 september 2021).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2023/15045]

1. SEPTEMBER 2021 — Ministerieller Erlass zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 18. März 2009 zur Übertragung bestimmter Befugnisse des für die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern zuständigen Ministers und zur Aufhebung des Ministeriellen Erlasses vom 17. Mai 1995 zur Übertragung der Befugnisse des Ministers in Bezug auf die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Ministeriellen Erlasses vom 1. September 2021 zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 18. März 2009 zur Übertragung bestimmter Befugnisse des für die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern zuständigen Ministers und zur Aufhebung des Ministeriellen Erlasses vom 17. Mai 1995 zur Übertragung der Befugnisse des Ministers in Bezug auf die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Ausweisen von Ausländern.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.